Informationen

<https://doi.org/10.1515/iwp-2020-2082>

Neuer HI-Vorstand gewählt

Die Mitgliederversammlung des HI (Hochschulverband Informationswissenschaft e.V.) hat am 3. Februar 2020 insgesamt elf Personen in ihren Vorstand gewählt. Neue Vorsitzende ist Prof. Dr. Vivian Petras von der HU Berlin, 1. Stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister wurde Prof. Dr. Philipp Schaer von der TH Köln, 2. Stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer Prof. Dr. Dirk Lewandowski von der HAW Hamburg und Publikationsverantwortlicher Dr. Ulrich Herb. Azra Bekiri aus Chur wurde als studentisches Mitglied gewählt. Weitere Mitglieder des neu gewählten Vorstands sind Prof. Dr. Bela Gipp von der Universität Wuppertal, Prof. Dr. Achim Oßwald, Emeritus der TH Köln, Univ. Prof. Dr. Christian Schlögl, Universität Graz, Prof. Dr. Wolfgang Semar, FH Graubünden, Dr. Julia Maria Struß, FH Potsdam, und Prof. Dr. Christian Wolff von der Universität Regensburg. Der neue Vorstand plant, vor allem die Mitgliederwerbung zu intensivieren, die Öffentlichkeitsarbeit zu stärken sowie einen neuen Webauftritt in Angriff zu nehmen. Der bisherige Vorsitzende Christian Wolff lud zur nächsten ISI-Tagung im März 2021 nach Regensburg ein. Das genaue Datum wird noch abgestimmt. Weitere Informationen unter <http://www.informationswissenschaft.org/>.

Frank Scholze folgt Elisabeth Niggemann an der Spitze der Deutschen Nationalbibliothek

Frank Scholze trat zum 1. Januar 2020 die Nachfolge von Frau Dr. Elisabeth Niggemann als Generaldirektor der Deutschen Nationalbibliothek an. Diese hatte das Amt der Generaldirektorin seit 1999 inne. Frank Scholze, Jahrgang 1968, studierte Bibliothekswesen, Kunstgeschichte und Anglistik und war seit 2010 Direktor der Bibliothek des Karlsruher Instituts für Technologie. Im April 2019 hatte der Verwaltungsrat der Deutschen Nationalbibliothek dem Bundespräsidenten die Berufung von Frank Scholze zum Generaldirektor der Deutschen Nationalbibliothek vorgeschlagen, der die Deutsche Nationalbibliothek als „kulturelles Gedächtnis der Vergangenheit und der Zukunft“ weiterentwickeln will. Frank Scholze ist Mitglied

des Bundesvorstandes des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) sowie einer Reihe von wissenschaftlichen Ausschüssen und Beiräten, unter anderem bei der Deutschen Gesellschaft für Klassifikation (GfKl). Seit 2019 ist er Mitglied im Herausgebergremium der Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (ZfBB). Er ist an zahlreichen Projekten im Bereich Digitaler Bibliotheken und Forschungsinformation beteiligt und war Sprecher der AG Elektronisches Publizieren der Deutschen Initiative für Netzwerkinformation (DINI).

In die Amtszeit von Elisabeth Niggemann fiel die Novellierung des Gesetzes über die Deutsche Nationalbibliothek mit der Erweiterung des Sammelauftrages auf Netzpublikationen sowie die Errichtung des 4. Erweiterungsbaus der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig. Ihr national und international großes Engagement fand nicht zuletzt in der Gründung der europäischen digitalen Bibliothek Europeana sowie der Entwicklung der Deutschen Digitalen Bibliothek Ausdruck. Außerdem war sie als Beraterin der Europäischen Kommission zu Fragen der Digitalisierung von Kulturgut mit dem Ziel eines möglichst breiten Nutzungsangebotes tätig. Anfang 2019 hat Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier Elisabeth Niggemann mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels würdigte Elisabeth Niggemanns Verdienste durch die Verleihung der Plakette „Der Förderin des Buches“. Die Vorsteherin des Börsenvereins, Karin Schmidt-Friderichs, übergab die höchste Auszeichnung des Verbands am 13. Dezember 2019 in der Nationalbibliothek. Weitere Informationen unter https://www.dnb.de/DE/Ueber-uns/Presse/presse_node.html

WTI Frankfurt engagiert sich für Corporate Foresight

Die Wettbewerbsfähigkeit technologiegetriebener Unternehmen aus verschiedenen Branchen, wie etwa Fertigung, Gesundheitswesen, Pharma, Maschinenbau, Informationstechnologie und Datenverarbeitung ist stark von strategischen Entscheidungen bezüglich zukünftiger Technologien, Verfahren, Marktpotentialen und Wettbewerbern abhängig. Strategische Vorausschau (Corporate Foresight) bezeichnet das systematische Erkennen von Treibern des Wandels, die Interpretation der Konsequenzen sowie die entsprechende Reaktion auf Veränderungen des Umfelds. Sie ist von hoher Bedeutung als Impulsgeber

für Innovationen, für die Risikoabsicherung und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens, insbesondere vor dem Hintergrund konvergierender Technologiefelder und Disruption aus gänzlich anderen Branchen. Corporate Foresight basiert auf der Analyse von Daten und Extraktion von Informationen. Diese werden wiederum zu näherungsweisen Vorhersagen genutzt. Je genauer die Ausgangsinformationen sind, desto besser ist das Ergebnis der Vorhersage. „Predictive Analytics“ welche sich mit den Vorhersagen beschäftigt, ist schon lange Teil der Mathematik und dementsprechend gibt es unzählige Methoden, um Vorhersagen zu erstellen. Doch obwohl es eine Vielzahl an Methoden gibt, findet Corporate Foresight als Unternehmensprozess bisher kaum Anwendung.

Um aus frühen und heterogenen Signalen technologische, wirtschaftlicher und wettbewerbsanalytischer Trends frühzeitig zu erkennen und eine branchenübergreifende Potentialanalyse durchzuführen, braucht man völlig neue Konzepte und Verfahren, die erweiterte Analysen (Advanced Analytics) und eine ganzheitliche strategische Vorausschau ermöglichen und den Menschen im Analyseprozess angemessen integrieren. Erstaunlicherweise werden wissenschaftliche Daten und Datenbanken bisher im Prozess der Analyse für Technologie- und Innovationsmanagement kaum berücksichtigt, obwohl man gerade mit diesen, oft durch „Open Access“-Initiativen verfügbaren Daten sehr früh aufkommende Technologien identifizieren könnte. Eine Untersuchung von über 150 Visual Analytics-Anwendungen im Bereich der wissenschaftlichen Literatur und Patente zeigt, dass die strategische Vorausschau keine und wenn überhaupt nur eine marginale Rolle spielt. Andere Anwendungen fokussieren sich auf Social Networks, Newsfeeds und Zeitreihen. Diese sind aber zur Innovationsfrüherkennung ungeeignet, weil dort die Trends bereits einen gewissen stabilen Zustand erreicht haben. Aus dem gleichen Grund sind Arbeiten im Bereich Intellectual Property Rights (IPR) nur eingeschränkt geeignet. Die Datenbasis ist dabei oft ausschließlich auf Patentdatenbanken beschränkt. Da Patente durch ihre lange Eintragungszeit jedoch erst spät gelistet und oftmals auch erst am Ende von langwierigen Entwicklungsphasen eingereicht werden, eignen auch sie sich nur eingeschränkt, um frühzeitig Innovationen zu identifizieren und zu analysieren. In einigen erweiterten Ansätzen werden neben den IPR-Analysen auch wissenschaftliche Publikationsdatenbanken eingebunden.

Auch auf dem Markt verfügbare Technologien, adressieren ganz andere Zielgruppen und nutzen als Daten die bereits genannten Zeitreihen, News und Social Networks. Wenige Ansätze beschäftigen sich über die Analyse sol-

cher Daten hinaus mit der technologischen Trenderkennung durch interaktive Visualisierung. Diese gehen zwar nicht auf die Prozesse der Datentransformation ein, stellen jedoch einige interessante Ansätze zur Auswahl von interaktiven Visualisierungen vor. Eine Analyse von Gartner (<https://www.gartner.com/de>) als weltweit führendem Forschungs- und Beratungsunternehmen prognostiziert die ersten kombinierten Lösungen aus maschinellem Lernen, natürlicher Sprachverarbeitung und Visual Analytics frühestens 2021 durch US-amerikanische Unternehmen. Dabei wird der Bezug zu Daten und Datenhoheit erst gar nicht hergestellt, was jedoch ein essenzieller Faktor für die kommerzielle Verwertung ist. Außerdem wird in bisherigen Arbeiten nur unzureichend berücksichtigt, wie Unternehmen die Ergebnisse nutzbar machen können und als Teil eines integrierten Corporate Foresights zum Treffen von Innovationsentscheidungen verwenden können.

Daher hat es sich die **WTI Frankfurt-digital GmbH** zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit der **TU Darmstadt** und der **Hochschule Darmstadt** ein Analyse-Werkzeug zur strategischen Vorausschau zu entwickeln, um insbesondere die Interpretierbarkeit der stark heterogenen Daten und Informationen zu ermöglichen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) besitzen in der Regel zu wenige Ressourcen, aber selbst in Hochtechnologieunternehmen ist der Corporate Foresight-Prozess bisher in der Regel manuell, aufwendig und fehleranfällig. WTI will mit den Projektergebnissen künftig eine angemessene organisatorische Integration von Corporate Foresight in Innovations- und Strategieprozesse ihrer Kunden unterstützen.

Datenbank über NS-Zwangsarbeiterlager für Berlin und Umgebung online

Das Dokumentationszentrum NS Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, eine Abteilung der Stiftung Topographie des Terrors, befindet sich am historischen Ort eines fast vollständig erhaltenen Zwangsarbeiterlagers inmitten eines Wohnbezirks. Seit 2006 wird durch Ausstellungen und Bildungsangeboten das lange ausgeblendete Schicksal der über 26 Millionen Männer, Frauen und Kinder sichtbar gemacht, die während des Zweiten Weltkriegs durch das NS-Regime als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden. Nun hat das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit eine Lagerdatenbank für Berlin und Umgebung auf der eigenen Website unter <https://www.ns-zwangsarbeit.de/recherche/lagerdatenbank/> online gestellt. Diese enthält derzeit etwa 1.400 verifizierte Standorte von

Abbildung 1: Screenshot der Zwangsarbeitslagerkarte des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit.

ehemals etwa 3.000 Sammelunterkünften für die rund 500.000 NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Berliner Stadtraum. Die Datenbank wird kontinuierlich erweitert. Eine Volltextsuche ermöglicht die Recherche nach Straßen, Firmen, Nationalitäten und Bezirken. Die vorhandenen Daten können zudem nach Art der Zwangsarbeit wie z. B. zivile Zwangsarbeit, „geschlossener Arbeitseinsatz“ oder Kriegsgefangenschaft sortiert werden. Denn nach Frau Dr. Christine Glauning (Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit) befand sich zwar an fast jeder Ecke Berlins ein Zwangsarbeitslager, doch gibt es nur noch wenige physische Erinnerungen daran. Die Datenbank soll die Allgegenwart dieser Orte verdeutlichen und zur lokalen Spurensuche anregen.

„Alles hat seine Zeit“

Der Informations- und Kommunikationsring der Finanzdienstleister e.V. (IK) beschließt seine Auflösung

„Fachliche Aussprache ... über Fragen zur Verbesserung des Dokumentationswesens“, war im Februar 1970 der Leitgedanke bei einer ersten, zunächst informellen Zusammenkunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von

Archiv- und Dokumentationsstellen von acht Frankfurter Banken in der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW. Treibende Kraft dieser sich anbahnenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Informations- und Dokumentationswesens war der damalige Leiter der IuD-Stelle der KfW, Dr. Hans-Hermann Stein, der diese Vereinigung viele Jahrzehnte prägen sollte. Der damit verbundene Informations- und Erfahrungsaustausch ist auch der Gründungsmythos, der den Dokumentationsring Kreditwirtschaft DK, bzw. später den „Informations- und Kommunikationsring der Finanzdienstleister IK“ fast 50 Jahre lang getragen hat.

Ehrenamtlich organisierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fortbildungsgruppe und anderer Gremien innerhalb des IK jährlich etwa fünf bis sechs Veranstaltungen. Über 300 Workshops bei Mitgliederversammlungen, Fachvorträge zu kreditwirtschaftlichen und informationswissenschaftlichen Themen, Veranstaltungen mit Präsentationen von Informationsdienstleistungen oder Best-Practice-Vorstellungen waren neben fachlichem Input vor allem auch Chance zum Austausch über Methoden, Erfahrungen und Lösungen von konkreten, praktischen Problemen in den Informations- und Kommunikationsstellen von Banken und Versicherungen.

Was mit den Besuchen in den Dokumentationsstellen von Frankfurter Banken begann, wuchs schnell über die regionalen Grenzen hinaus, andere deutsche Banken ka-

men dazu, später auch Banken aus Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und Luxemburg und ab 2007 auch Versicherungen. Vor allem die schweizerischen Institute stießen Projekte mit langjähriger Zusammenarbeit an. Der IK institutionalisierte sich als Verein und entwickelte ein zunächst regional auf Frankfurt am Main begrenztes Modell der institutsübergreifenden Kooperation für die umfangreichen Bankarchive.

Gemeinsam erstellte, finanzierte und kontinuierlich gepflegte Indexierungssysteme wie der Thesaurus Kreditwirtschaft und die Klassifikation waren die Voraussetzung für die folgenden großen Projekte Mind und IKOM. Die 1987 auf die Schiene gesetzte Literaturdatenbank Mind – Management Info Wirtschaft – wertete in ihrer Anfangsphase über hundert volks- und betriebswirtschaftliche sowie bankwirtschaftliche Fachzeitschriften mit intellektuell erstellten Abstracts und Deskriptoren arbeitsteilig durch fast 20 Kreditinstitute aus. Erst von Datastar, später von GBI gehostet, war die Mind ab 1990 öffentlich nutzbar und später für die Inputinstitute ein wichtiger Baustein für Informationsangebote im Intranet der Banken. Das Modell des arbeitsteiligen Inputs wurde auf die elektronische Presseauswertung übertragen und verband die damals konkurrierenden Hosts Genios und GBI zum technischen Partner für die nicht öffentliche Pressedatenbank IKOM (IK Online Medien).

Beide Projekte Mind und IKOM wurden von regelmäßigen Schulungen begleitet und förderten den Erfahrungsaustausch und den Zusammenhalt durch regelmäßige persönliche Kontakte. Darüber hinaus befassten sich zahlreiche Projekt- und Arbeitsgruppen des IK beispielsweise mit Fragen der automatisierten Indexierung, der Kosten-Nutzen-Rechnung, der Erstellung elektronischer Pressespiegel oder dem unübersichtlichen Markt für E-Content.

Ab 1989 wurden die Aktivitäten des IK durch ein wissenschaftliches Gremium, dem Kuratorium bzw. späteren Beirat unterstützt. Dessen volks- und informationswissenschaftliche Expertise ermöglichte die Durchführung der 21 IK-Symposien zu einem breiten Themenspektrum von „Information – ein Wirtschaftsfaktor der Zukunft“ bis zu „Big Data“. Die zunächst jährlichen, später zweijährlichen Veranstaltungen avancierten bald zu einem Szenetreffpunkt und versammelten zu Spitzenzeiten über 200 Teilnehmende.

In der Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum des IK wünschte der damalige Vorsitzende des IK-Beirates und Chefvolkswirt der Deutschen Bank Professor Dr. Norbert Walter 2010, „dass die Zusammenarbeit [der IuK-Stellen] der Institute den brutalen Strukturwandel überlebt“. In der Zwischenzeit haben verantwortliche Information Pro-

fessionals im IK ihre Stellen umgebaut, haben ihre Expertise in der internen Kommunikation beim Aufbau und der Pflege der Intranets oder der Social Media-Aktivitäten ihrer Häuser eingebracht, während andere IVS unter massivem Kostendruck versuchen, mit einer nutzerorientierten Informationsversorgung zu punkten. Beides hat aber immer weniger Raum für die Erstellung gemeinsamer Informationsprodukte und für das Engagement in einem Verein gelassen, dessen Nukleus der kaum messbare Erfahrungsaustausch, das Netzwerken und das Lernen voneinander war.

Der IK hat den Strukturwandel als eingetragener Verein nicht überlebt und sich zum Ende des Jahres 2019 aufgelöst. Bleibt zu hoffen, dass der Informations- und Erfahrungsaustausch sowie das Networking der Information Professionals mit aktuellen Formen der Social Media fortgesetzt werden. Eine umfassendere Darstellung zur Geschichte und Entwicklung des IK ist für eine spätere IWP-Ausgabe geplant.

*Monika Heim, Ettlingen,
Vorstand des IK bis Ende 2019*

Letzter Wille für digitale Daten und Accounts

Es gibt viele offene Fragen im Umgang mit dem digitalen Nachlass eines Menschen. Dazu gehören Social-Media-Accounts, Online-Konten bei Verkaufsplattformen sowie Guthaben z. B. bei PayPal, E-Books, digitale gekaufte Bilder oder kostenpflichtige Accounts bei Streaming-Dienstleistern. Doch zumeist wird daran beim Erstellen eines Testaments nicht bedacht. Zusätzlich gibt es Unsicherheiten, wie digitale Werte praktisch vererbt werden können. So entstehen beim Erben viele Probleme: Wie kann man herausfinden, welche Online-Konten und -Accounts Verstorbene besaßen und wie man Zugriff darauf bekommen kann.

Eine Studie des Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie SIT gemeinsam mit der Universität Regensburg und der Universität Bremen/IGMR befasst sich deshalb mit den wichtigsten praktischen, rechtlichen und technischen Fragen des Vererbens von digitalen Daten und Vermögenswerten und gibt Handlungsempfehlungen an Erblasser, Erben, Vorsorgebevollmächtigte, Unternehmen sowie den Gesetzgeber. Die Studie beschreibt, was genau zum digitalen Vermögen gehört und welche Vererbungsrechte und -Möglichkeiten bestehen. Zusätzlich gibt sie Verbraucherinnen und Verbrauchern Empfeh-

lungen, wie genau sie Vorsorge treffen können: Wer festlegen möchte, was mit seinen Daten und Accounts passieren soll, kann dies beispielsweise über eine Festlegung im Testament regeln und sollte die Zugangsdaten zu sämtlichen Online-Konten und -Accounts sicher bei einem Notar oder einer Vertrauensperson hinterlegen. Die Studie bietet zudem Textvorlagen für eine Vorsorgevollmacht und für letztwillige Verfügungen. Die Erstellung der Studie wurde vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gefördert und steht unter dem Titel „Der digitale Nachlass – Eine Untersuchung aus rechtlicher und technischer Sicht“ zusammen mit einer übersichtliche Zusammenfassung kostenfrei für Verbraucherinnen und Verbraucher unter www.sit.fraunhofer.de/digitalernachlass zum Download bereit.

FIZ Karlsruhe startet Projekt NanoS-QM

Nanopartikel finden sich in nahezu allen Arbeits- und Lebensbereichen. Sie machen Touchscreens leitfähig, erhöhen die Speicherkapazität von Batterien, verbessern die Verträglichkeit von Medikamenten oder machen Bauteile leichter und stabiler. Um sie sicher und effizient herzustellen und einzusetzen ist eine umfangreiche Forschung nötig. Doch die Zulassungsempfehlungen für zahlreicher Anwendungen basieren oftmals auf wenig nachvollziehbaren Daten.

Das soll das von FIZ Karlsruhe koordinierte und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt NanoS-QM ändern, indem es die Entwicklung übergreifender Beschreibungsstandards und verlässlicher Qualitätskriterien für Daten in der Nanosicherheitsforschung – und darüber hinaus in der industriellen Anwendung fördert. Die Forschungspartner von FIZ Karlsruhe stammen aus verschiedensten Bereichen: Materialwissenschaften, Gesundheit und Toxikologie, Pneumologie, Arbeitssicherheit, Informationsinfrastruktur und Wissensvermittlung. Es sind das Leibniz-Institut für Arbeitsforschung (IfAdo), das Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien – IWT, das Leibniz-Institut für umweltmedizinische Forschung (IUF) sowie das INM – Leibniz-Institut für Neue Materialien. Das ambitionierte Forschungsprojekt läuft noch bis zum 31. Juli 2021. Weitere Informationen dazu finden Sie unter <https://www.fiz-kalsruhe.de/de/forschung/nanos-qm> sowie unter <https://www.leibniz-gemeinschaft.de/forschung/leibniz-forschungsverbuende/nanosicherheit/>

Intelligentes Löschen von überflüssigen Dateien

In Verwaltungen von Unternehmen sammeln sich massenhaft Dateien. Da ist es oft schwierig den Überblick zu behalten. Außerdem benötigt jede Datei Energie und Speicherplatz – und verursacht damit nicht nur Kosten, sondern belastet auch die Umwelt. Informatikerinnen und Informatiker der Universität Bamberg arbeiten seit 2016 zusammen mit der Arbeitspsychologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg an dem DFG geförderten, interdisziplinären Projekt „Dare2Del“, das Teil des DFG Schwerpunktprogramms „Intentional Forgetting in Organisationen“ ist. Mittels Maschinellen Lernen wollen sie ein System entwickeln, das hilft, irrelevante Daten zu löschen.

In den ersten drei Jahren des Projekts wurde ein lernfähiges Modell programmiert, das zwar sehr komplexe Algorithmen verarbeiten kann, aber trotzdem leicht zu bedienen ist. Es löscht Dateien nicht wahllos und schon gar nicht automatisch: Die künstliche Intelligenz beachtet Unternehmensvorschriften und rechtliche Vorgaben und passt sich den Wünschen der Nutzerinnen und Nutzer an, die Regeln festlegen können, wie bspw.: Immer die letzte und vorletzte Version einer Datei sollen behalten werden.

In der zweiten Phase sollen die Vorschläge des Systems nachvollziehbar und transparent gemacht werden, indem es beispielsweise bestimmte Datei-Benennungen hervorhebt und erklärt, warum es diese zur Löschung vorschlägt. Eine besondere Herausforderung liegt darin, herauszufinden, wann welche Inhalte bearbeiten werden sollen. Denn psychologische Untersuchungen zeigten, dass Personen während der Arbeit selten Dateien löschen, nur, wenn sie unmittelbar den Arbeitsablauf behindern. Erklärungen des lernfähigen Systems sollen hier die Bereitschaft erhöhen, Dateien zu löschen, das Gedächtnis zu entlasten und sich besser konzentrieren zu können. Ziel ist es durch die Löschung überflüssiger digitaler Daten, die Suche nach Informationen zu erleichtern, Entscheidungen zu erleichtern und die Konzentration auf anstehenden Aufgaben zu fördern, weil dies die Arbeitsleistung erhöhe und Kosten sowie Energie für die teure Speicherung der Daten spare. Weitere Informationen unter: <https://www.uni-bamberg.de/presse/pm/artikel/dare2del-schmid/>

Sicherheit und Transparenz bei Künstlicher Intelligenz gefragt

Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland wünschen sie sich mehr Transparenz und Sicherheit beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Dies erbrachte eine repräsentative Umfrage im Auftrag des TÜV-Verbands. Demnach will eine sehr große Mehrheit der Bundesbürger eine Kennzeichnung und Sicherheitsüberprüfung für Produkte und Anwendungen mit KI. Der Begriff ist tatsächlich fast allen geläufig, doch nur rund ein Drittel kann die wichtigsten Eigenschaften erklären oder die Technologie sogar in all ihren Facetten beschreiben. Trotz allem zeigt die Studie aber klar, dass die Bevölkerung beim Thema KI sicherheitskritische und ethische Fragen stark beschäftigen. Die größte Angst haben Bundesbürger vor Hackerangriffen mit Hilfe von KI und an zweiter Stelle vor der missbräuchlichen Manipulation von Menschen durch KI. Zwei Drittel fürchten sich darüber hinaus davor, dass KI-Systeme bei sicherheitskritischen Anwendungen Fehler machen. Weitere Sorgen drehen sich um das Thema Entmenschlichung, eine noch stärkere Abhängigkeit von digitalen Technologien und den Verlust von Arbeitsplätzen.

Positiv wird KI in Forschung, Industrie, Medizin, Verbrechensbekämpfung oder Wissensvermittlung bewertet, nicht aber beim Ersatz menschlicher Kontakte, in der Rechtsprechung, der Verteidigung oder der Altenpflege. Hier überwiegt eine negative Sicht. Mehrheitlich findet KI dann hohe Akzeptanz, wenn sie Experten, wie z.B. Ärzte bei ihren Entscheidungen unterstützt. Allerdings sollen Menschen die Entscheidungshoheit behalten. Nur rund ein Viertel möchte auf die ausschließliche Empfehlung der Algorithmen vertrauen. Damit geht eine recht geringe Toleranz gegenüber Fehlern einher, die KI-Systeme machen. Ganz besonders kritisch sind die Befragten bei besonders sicherheitssensiblen Anwendungen wie dem automatisierten Fahren. Hier ist man sich nahezu einig, dass autonome Fahrzeuge absolut fehlerfrei arbeiten müssen und KI-Systeme in Fahrzeugen von unabhängigen Stellen geprüft werden sollten.

Auf Basis dieser Studie hat der TÜV-Verband eine Reihe an Empfehlungen für die Politik erarbeitet, die für KI eine sinnvolle Balance zwischen Regulierung und Innovationsförderung herstellen sollen. So geht es darum KI-Anwendungen in verschiedene Risikoklassen einzuordnen und dementsprechend zuzulassen, zu überprüfen oder laufend zu überwachen. In diese Richtung weist der Ansatz der Datenethikkommission der Bundesregierung. Darüber hinaus soll die Prüfung von KI-Systemen mit hohem oder sehr hohem Risiko von unabhängigen Prüforganisa-

tionen vorgenommen werden. Voraussetzung dafür ist der Zugang zu den dafür notwendigen sicherheitsrelevanten Daten. Für lernende KI-Systeme sind darüber hinaus fortlaufende Prüfungen notwendig. Auch zur Einhaltung ethischer Standards bei der KI-Entwicklung können unabhängige Prüforganisationen einen Beitrag leisten, indem sie die innerbetrieblichen Prozesse der Unternehmen überprüfen und zertifizieren. Der Studienbericht, eine Präsentation und eine Grafik sind abrufbar unter <https://www.vdtuev.de/news/ki-studie>

Nachhaltige Digitalisierung ausbaufähig

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) stellt fest, dass die umweltpolitische Digitalagenda des Bundesumweltministeriums (BMU) zwar eine umfassende Strategie präsentiert, um Digitalisierung zu einer Triebkraft für Nachhaltigkeitstransformationen zu machen, doch enthalte sie vor allem viele „weiche“ Maßnahmen, die durch ordnungsrechtliche oder ökonomische Regelungen ergänzt werden müssten. Der steigende Stromverbrauch der Digitalisierung und Rebound-Effekte würden nicht ausreichend in den Blick genommen. Neben der Effizienzförderung seien auch ökonomische Anreize, Ökosteuern und andere ökonomische Instrumente erforderlich. Die Digitalagenda führe nicht aus, wie die Politikkohärenz der Bundesregierung erhöht werden kann, um nicht-nachhaltige Entwicklungen der Digitalisierung zu verhindern.

Prof. Dr. Tilman Santarius, Digitalisierungs-Experte am IÖW und am Einstein Center Digital Future der Technischen Universität Berlin, und Dr. Florian Kern, IÖW-Experte für Umweltpolitik, begrüßen vor allem, dass der Fokus nicht ausschließlich auf den technischen Möglichkeiten liegt, sondern auch die Förderung von gesellschaftlichen Innovationen und eine digitale Plattform für sozial-ökologische Innovationen vorgesehen sind. Doch statt in der europäischen CSR-Richtlinie ein Reporting zu Umweltschäden bei Rohstoffgewinnung zu fordern, sollten verpflichtende menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards angestrebt werden. Damit Hardware länger hält, strebt das BMU nur eine „Garantieaussagepflicht“ der Hersteller an. Zielführender wäre es, die Garantiedauer zu verlängern und Garantieansprüche zu verbessern.

Umfassende Vorschläge von Tilman Santarius und Steffen Lange finden sich in einem Artikel bei Netzpolitik <https://netzpolitik.org/2018/fuer-eine-sozial-oekologisch-e-digitalpolitik/>.